UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
NOV 2 1936
LIBRARY

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 16. Oktober	Nr. 1364

Dr. Ley über den Kampf gegen den Bolschewismus.

Berlin, 15. Oktober. Die Reichsarbeitstagung der NSG Banken und Versicherungen wurde am Donnerstag abend mit einer Großkundgebung in der Deutschlandhalle abgeschlossen. Im Mittelpunkt dieser Kundgebung, die von mehr als 20 000 Berufsangehörigen, darunter 3000 aus dem Reich, sowie von führenden Männern der Partei und der Wirtschaft besucht war, stand eine Ansprache des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley.

Der Leiter der Reichsgruppe Versicherungen Pg. Hilgard wies einleitend auf die Aufgaben hin, die der neue Vierjahrplan des Führers auch der Versicherungswirtschaft stelle.

Parteigenosse Lencer, der Leiter der NSG Banken und Versicherungen, stellte fest, daß von der Reichsarbeitstagung starke Impulse für die zukünftige Arbeit ausgehen würden. Beim Vierjahrplan des Führers würden die Gefolgschaften der Banken und Versicherungsbetriebe restlos ihre Pflicht tun.

Reichsorganisationsleiter **Dr. Ley** zeigte in seinen Ausführungen, welche ungeheuren Machtmittel der Liberalismus und der Marxismus einmal in Deutschland besessen hätten. Ungewollt hätten unsere Gegner durch den Boykott und den Wirtschaftskrieg der Judenheit in der gesamten Welt bewirkt, daß Deutschland sich um so fester zusammenschloß, daß es eine Gemeinschaft, eine uneinnehmbare Festung wurde, die niemals fallen könnte.

„Sorgen werden ewig sein", erklärte Dr. Ley „aber entscheidend ist, ob die Menschen den Willen und die Kraft haben, ihre Sorgen zu meistern. Diese Kraft haben wir, weil Deutschland eine Festung geworden ist. Wir danken es dem Führer, daß er die Parole ausgab. Der Kampf geht weiter gegen den Bolschewismus. Das Volk hat sich formiert. Der Feind ist der Jude, der Feind ist der Bolschewismus. Wir geben niemals nach. Wir sind stolz auf unser Deutschland. Es ist eine Freude, wieder schaffen zu dürfen. Wir haben die ungeheure Bedeutung der Weltparole des Führers zum Kampf gegen den Bolschewismus begriffen. Moskau hat seinen Kampf bereits verloren. In allen Völkern stehen mutige Männer auf, für die das Beispiel Adolf Hitlers maßgebend ist. Moskau ist auf dem Rückzuge."

Telegrammwechsel zwischen Kanya, Neurath und Ciano.

Budapest, 15. Oktober. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der Minister des Aeußern von Kanya hat telegraphisch dem Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und dem italienischen Außenminister Graf Ciano seine Wiederbetrauung mit der Leitung des ungarischen Außenministeriums mitgeteilt.

In seinem Telegramm an den Reichsaußenminister versichert Kanya, er werde auch in Zukunft wie in der Vergangenheit das vertrauensvolle und nützliche Zusammenwirken zwischen den beiden Völkern pflegen. Zu dieser Arbeit schöpfe er Kraft aus der nachdrücklichen Unterstützung des Ministerpräsidenten Daranyi, der ebenfalls seine herzlichen Grüße sende und der Hoffnung Ausdruck gebe, auf die bisher so bewährte Zusammenarbeit des Freiherrn von Neurath auch in Zukunft mit Sicherheit rechnen zu können.

In seinem Antworttelegramm erwiderte der Reichsaußenminister von Neurath aufrichtig die Wünsche für die vertrauensvolle und gedeihliche Zusammenarbeit, zu der er auch seinerseits nach Kräften beitragen werde. Er bitte, den Ministerpräsidenten Daranyi seiner freundschaftlichen Gesinnung versichern zu wollen.

In dem Telegramm an Graf Ciano erklärt Kanya, die neue ungarische Regierung habe sich zum Ziele gesetzt, mit der italienischen Regierung die gleichen Bande enger freundschaftlicher Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten, wie dies die frühere Regierung stets angestrebt habe. Diese Zusammenarbeit habe in der Vergangenheit zu günstigen Ergebnissen geführt.

In seinem Antworttelegramm versichert der italienische Außenminister, daß die von der ungarischen Regierung vertretene Festsetzung auch von der italienischen Regierung in vollem Maße geteilt werde. Die italienische Regierung erwarte auch in Zukunft von dem vertrauensvollen Zusammenwirken der durch die Römischen Protokolle verbundenen Mächte die besten Ergebnisse.

Daranyi über das ungarische Regierungsprogramm.

Budapest, 15. Oktober. Ministerpräsident Daranyi entwickelte am Donnerstag in einer geschlossenen Sitzung der Partei der nationalen Einheit (Regierungspartei) zum ersten Male die weltanschaulichen Richtlinien und das Arbeitsprogramm der neuen Regierung. An der Sitzung nahmen sämtliche Mitglieder der Regierung, die Staatssekretäre, die Obergespane, die Präsidenten und die der Regierungspartei angehörigen Abgeordneten des Oberhauses und des Reichstages teil.

Ministerpräsident Daranyi begann seine programmatischen Erklärungen mit einem tief empfundenen Nachruf auf den verstorbenen Ministerpräsidenten Gömbös, der bis zu seinem letzten Atemzuge seinem Volke gedient habe. Der Ministerpräsident führte dann aus: „Die Weltanschauung, in deren Zeichen die Einheitspartei gegründet wurde und in deren Dienst sie sich gestellt hat, muß heute alle Handlungen bestimmen. Die politischen Richtlinien, die in umfassendem Maße der verstorbene Ministerpräsident Gömbös nicht nur für die Einheitspartei, sondern für alle Schichten der Nation geschaffen hat, und die den Aufbau des christlich-nationalen Ungarnsins auf der Grundlage der nationalen Einheit zum Ziele haben, müßten jetzt zur lebendigen Wirklichkeit werden. Das große Erbe seines Vorgängers Gömbös übernehme er nur in dem Bewußtsein, daß die Partei ihn aus innerster Ueberzeugung unterstützen werde.

Die Politik der neuen Regierung werde fortschrittlich-konservativ sein. Die Regierung wolle eine Aufbauarbeit leisten, die einen Schutzwall gegen alle der ungarischen Rasse völlig fremden Kräfte, die den nationalen Organismus gefährden und den nationalen Gedanken und die christliche Weltanschauung verleugnen, schaffe. Dies könne nur eine auf dem christlich-nationalen christlichen Moralgedanken aufgebaute Politik erreichen.

Daranyi entwickelte dann die einzelnen praktischen Punkte seines Arbeitsprogramms. Die Regierung sehe es als ihre erste Aufgabe an, jetzt gleichzeitig mit der Regelung des geheimen Wahlrechts die Erweiterung der Machtbefugnisse des Reichsverwesers wie des Oberhauses in Angriff zu nehmen.

Zur auswärtigen Politik übergehend, erklärte der Ministerpräsident, daß auf diesem Gebiete keinerlei Aenderung eintreten werde. Die Wege, auf denen es gelungen sei, aus der bisherigen Isolierung herauszukommen und verläßliche aufrichtige Freunde zu erwerben, würden weiter verfolgt werden.

Das Ziel der ungarischen Außenpolitik sei nicht nur Pflege und Vertiefung der bestehenden Freundschaften, sondern auch Schaffung eines guten Verhältnisses zu allen den Staaten, die aufrichtig zu einer friedlichen Zusammenarbeit geneigt seien.

In der inneren Politik halte es die Regierung für ihre erste Pflicht, Ordnung, Ruhe und Sicherheit im Lande mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Die volle Strenge des Gesetzes werde diejenigen treffen, die gegen die Grundbedingungen des staatlichen und nationalen Daseins verstießen.

In den internationalen Wirtschaftsbeziehungen sehe die Regierung aufsichtsreiche Anzeichen zur Wiederherstellung des normalen Zustandes. Die bisherige Devisen- und Kreditpolitik der Regierung werde weiter aufrechterhalten bleiben. Von einer Abwertung der Währung sei nach wie vor nicht die Rede. Die Regierung sei fest entschlossen, mit allen Mitteln die Agrarproduktion und die Steigerung des Einkommens der Landbevölkerung zu fördern. Die Industriepolitik müsse vom sozialen Gedanken getragen sein. Die Regierung werde der Körpererziehung der Nation besondere Sorgfalt widmen. Die Kulturgemeinschaft mit den außerhalb der Grenzen lebenden ungarischen Minderheiten werde weitergefördert werden. Die Regierung werde eine Pressereform durchführen, die den Schutz der sittlichen Werte der Nation zum Ziele habe. Die Entwicklung der Wehrmacht werde weiter im Rahmen des Staatshaushalts erfolgen, wobei der praktische Ausbau des Luft- und Gasschutzes als besonders wichtige Aufgabe gelte.

Ministerpräsident Daranyi schloß seine immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochenen Ausführungen mit der Erklärung, die Politik der Regierung werde ihr Programm auf der Grundlage der lebendigen Kräfte und des Vertrauens der Nation durchführen.

Belgische Pressestimmen zur Rede des Königs.

Brüssel, 15. Oktober. Die Rede, in der der belgische König die neue Richtung der belgischen Außen- und Militärpolitik für die Zukunft eindeutig festgelegt hat, hat auf die belgische Oeffentlichkeit einen tiefen Eindruck gemacht. Es liegen aber bis jetzt nur wenige Pressekommentare vor.

Mit größter Entrüstung wendet sich die sonst sehr französenfreundliche **Nation Belge** in einem kurzen Kommentar gegen die unsachliche Stellungnahme der Pariser Presse, der das Blatt entgegenhält, daß das „unheilvolle" französisch-russische Abkommen den Verteidigern des französisch-belgischen Bündnisses ihre Aufgabe besonders schwer gemacht habe. Die belgische öffentliche Meinung, die nicht einen Augenblick daran gedacht habe, auf die Verteidigung des belgischen Gebiets zu verzichten, habe sich entsetzt bei dem Gedanken, daß Belgien in einen Krieg verwickelt werden könne um der schönen Augen der Sowjets willen. Das seien die Befürchtungen gewesen, denen die Rede des Königs entspreche.

Das große Börsenblatt **Echo de la Bourse** sagt, im Auslande schreibe man der Rede eine gewaltige Bedeutung zu. Das sei wichtig, aber in erster Linie sei die Rede für Belgien von ungeheurer Tragweite. Das Ausland wisse nunmehr, daß Belgien eine Insel des Friedens und der Ruhe bleiben wolle. Belgien wolle den Frieden. Es wolle nicht mehr in die Prestige-Auseinandersetzungen der Großmächte verwickelt werden. Die Ueberraschung und die Betroffenheit, die die Rede des Königs in Frankreich angelöst hat, erklärt sich das Blatt aus der französischen Abneigung, die Entwicklung von Ideen in anderen Ländern im einzelnen zu erforschen. Man habe sich in Frankreich darin gefallen, das französisch-belgische Verteidigungsabkommen als eines der festesten Elemente der französischen Sicherheit zu betrachten. Die Leser der belgischen Zeitungen seien durch die Rede nicht in demselben Maße überrascht worden. Seit dem Monat März habe die Idee einer Rückkehr Belgiens zu einer Politik der Neutralität Fortschritte gemacht.

Das Blatt erinnert an die offiziellen Reden, die gelegentlich des Besuches des polnischen Außenministers Beck in Brüssel ausgetauscht wurden, und an die Rede, die der Außenminister Spaak im Zult vor der Auslandspresse gehalten hat.

Der Teil der Rede, worin der König den außenpolitischen Gesichtspunkt des Militärproblems behandelte, bedeute eine feierliche Bestätigung der allgemeinen Gesichtspunkte, die Spaak damals entwickelt habe. Den völkerrechtlichen und gefühlsmäßigen Einwendungen, die in den ersten französischen Pressekommentaren laut geworden sind, hält das Blatt entgegen, daß die neue Linie der belgischen Außenpolitik sich auf die künftigen Entwicklungen beziehe. Belgien werde den Verpflichtungen, die es aus früheren Verträgen habe, treu bleiben, und zwar sowohl bezüglich des Völkerbundspaktes als auch unter anderen Gesichtspunkten.

Vor einem Notenaustausch zwischen Paris und Brüssel?

Paris, 15. Oktober. In gut unterrichteten Kreisen erklärt man, daß ein Notenaustausch zwischen Paris und Brüssel vorbereitet werde, durch den man über die Tragweite der Erklärungen König Leopolds und die Absichten der belgischen Regierung Aufschluß zu erhalten hoffe.

In politischen französischen Kreisen stelle man mit einiger Genugtuung fest, daß die Generalstabsabkommen zwischen Frankreich und Belgien noch nicht unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen seien.

„Gazeta Polska" über Stimmungsumschwung in Frankreich.

Warschau, 16. Oktober. In einem Pariser Artikel der Gazeta Polska wird hervorgehoben, wie stark sich seit dem Mai die Stimmung in Frankreich gegenüber der „Volksfront" geändert habe. Allgemein habe sich der Eindruck gefestigt, daß der Kommunismus in kurzer Zeit auf der ganzen Linie Bankrott erlitten habe, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wie in der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Kommunismus sei auch in der Welt zweifellos durch den Verlauf der Ereignisse in Spanien diskreditiert worden. Der sowjetrussisch-französische Pakt zeige sich von Tag zu Tag mehr als gefährliche und abträgliche Unternehmung. Die französische Presse könne nicht verschweigen, daß die „verbündete" Sowjetdiplomatie Frankreich in Genf und außerhalb Genfs systematisch erhebliche Schwierigkeiten mache. Das gelte ebenso für die Frage der Fünfmächtekonferenz wie für die Neutralität gegenüber Spanien. Endlich bemühten sich die Kommunisten ernsthaft, Zwischenfälle an der Rheingrenze hervorzurufen. Die französische Oeffentlichkeit, die sich über die Frankenabwertung habe abfinden müssen, glaube nicht an eine günstige Weiterentwicklung, wenn nicht der Kommunismus als Regierungsfaktor in Frankreich ausgeschaltet werde.

Spanien und Belgien vor Pariser Kammerausschuß.

Paris, 15. Oktober. Der Auswärtige Ausschuß der Kammer hat in seiner Sitzung vom Donnerstag nachmittag die Lage in Spanien erörtert und anschließend auch die neue belgische Politik gestreift. Der Ausschuß wünscht, den Außenminister über die Neutralitätserklärung der belgischen Regierung und die Folgen, die diese Erklärung für den französisch-sowjetrussischen Pakt sowie für die Sicherheit Frankreichs haben könnte, anzuhören. Wie verlautet, wird Außenminister Delbos am kommenden Dienstag vor dem Ausschuß erscheinen.

Die italienische Presse zur belgischen Politik.

Rom, 15. Oktober. Die einschneidende geschichtliche Bedeutung der Neuorientierung der belgischen Politik und der Rückkehr Belgiens zur bewaffneten Neutralität kommt in der römischen Abendpresse zu stärkster Geltung.

Tribuna spricht von einem „schweren Schlag gegen das Locarno-System".

Lavoro Fascista stellt seine Berichte unter das Kennwort „Dramatische Wendung in Belgien — Ueberraschung und scharfe Kritik in Paris."

Giornale d'Italia nennt den Beschluß der belgischen Regierung einen außerordentlich schweren Schlag gegen die Politik der Volksfront in Frankreich. Die Pariser Berichterstatter betonen übereinstimmend die Verstimmung der französischen Presse, vermeiden es aber geflissentlich, sich irgendwie die in Paris gegen den belgischen Beschluß vorgebrachten Kommentare zu eigen zu machen. Der Pariser Vertreter des „Lavoro Fascista" verzeichnet vielmehr eine vollkommene Uebereinstimmung zwischen den vom König von Belgien bekräftigten Grundsätzen und den Grundgedanken der Politik Italiens.

Schiffersstreik verursacht Warenknappheit in Paris.

Paris, 15. Oktober. Der Streik der Binnenschiffer wirkt sich allmählich auf die Versorgung der Hauptstadt abträglich aus. So muß ein großes Automobilwerk seine Schwerölzufuhr bereits durch die Eisenbahn vornehmen lassen, wodurch die Preise übermäßig gestiegen sind. Kohle, Brennstoff, Zucker und Papier für die Presse beginnen knapp zu werden, da gewaltige Mengen dieser Erzeugnisse auf den Kähnen liegen, die den Flußverkehr sperren.

Angesichts dieser Lage hat die Regierung zwei Vertrauensleute mit der Schlichtung des seit bald drei Wochen dauernden Streiks beauftragt, aber die Aussichten für eine Beilegung sind sehr gering. Dagegen konnte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Schokoladenindustrie ein grundsätzliches Einvernehmen erzielt werden, so daß mit der Wiederaufnahme der Arbeit in diesem Geschäftszweig für die nächsten Tage zu rechnen ist.

Vormarsch auf Madrid wieder aufgenommen.

Paris, 15. Oktober. Die Nachrichtenagentur Fournier erfährt aus Lissabon, daß die Nationalisten nach mehrtägiger durch strömenden Regen verursachter Ruhe den Vormarsch auf Madrid wieder aufgenommen hätten.

Notenwechsel zwischen Lissabon und Madrid.

Lissabon, 15. Oktober. Das portugiesische Außenministerium gab der Presse einen Notenwechsel mit Madrid bekannt, der wegen Grenzverletzungen durch rote Milizen geführt wurde. Die erste Grenzverletzung ereignete sich Mitte August. Auf die portugiesische Beschwerdenote, in der strenge Bestrafung der Schuldigen gefordert wurde, erging von Madrid aus eine Antwort, die keinerlei Genugtuung gab, so daß der Botschafter wieder vorstellig werden mußte. Ende August sah sich die portugiesische Regierung gezwungen, in Madrid erneut Vorstellungen wegen eines zweiten Grenzzwischenfalls zu erheben. Damit verbunden war eine energische Beschwerde wegen eines Anschlags auf die Botschaft in Madrid. Die portugiesische Regierung verlangte innerhalb kürzester Frist Genugtuung, andernfalls sie sich an diejenigen wenden würde, die in Wirklichkeit die Oberhoheit in den Grenzgebieten ausübten.

Da alle Vorstellungen in Madrid ergebnislos blieben, wandte sich der portugiesische Außenminister Monteiro am 11. September an die Junta in Burgos, teilte den Inhalt der Protestnote mit und erbat die Bestrafung der Schuldigen.

General Cabanellas verurteilte in seiner Antwort die Verbrechen der roten Grenzverletzer lebhaft und sprach im Namen des spanischen Volkes das Bedauern aus. Cabanellas versicherte, alles tun zu wollen, um der Verbrecher habhaft zu werden. Den Angehörigen der Opfer des roten Ueberfalls wurde eine Entschädigung zugesagt.

Litwinow-Finkelstein wieder daheim.

Moskau, 15. Oktober. Die Taß meldet, daß Litwinow am Donnerstag wieder in Moskau eingetroffen ist.

Verantwortlich: Kurt Schwerkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.